

Zwei Bundesländer legen Flüchtlings-Erstaufnahme zusammen

Pilotprojekt von Hamburg und Mecklenburg-Vorpommern / Asylorganisationen kritisieren isolierte Lage der früheren Kaserne in Horst

Die Bundesländer Hamburg und Mecklenburg-Vorpommern wollen Asylsuchende künftig in einer gemeinsamen Unterkunft unterbringen. Flüchtlingsinitiativen kritisieren das Pilotprojekt als Kasernierung und Lagerunterbringung.



Hamburg · Mecklenburg-Vorpommern und Hamburg werden in den kommenden Wochen eine Vereinbarung unterzeichnen, wonach die Hansestadt einen Teil ihrer Asylsuchenden ab Mitte, spätestens ab Ende 2006 in einer Sammelunterkunft in Mecklenburg-Vorpommern unterbringen wird. Geplant ist, die zentrale Hamburger Erstunterbringung von Asylsuchenden im mecklenburgischen Horst zu organisieren.

Dort hat Mecklenburg-Vorpommern in einer modernisierten ehemaligen NVA-Kaserne an der Grenze zu Schleswig-Holstein seine zentrale Erstaufnahmestelle im Juni in Teilen zu einer Landesgemeinschaftsunterkunft umgewidmet. Das Land will im Zuge zurückgehender Flüchtlingszahlen Kosten sparen, indem es dezentrale kleinere Gemeinschaftsunterkünfte in den Kreisen nun schließen will. Zusätzlich kann Mecklenburg-Vorpommern die Kapazitäten von 650 Plätzen in Horst mit Asylsuchenden aus Hamburg auslasten. Etwa 50 Asylanträge verzeichnet die Hansestadt momentan pro Monat. Mecklenburg-Vorpommern und Hamburg begründen mit der Zusammenarbeit ein Pilotprojekt in der Bundesrepublik. Zum ersten Mal, sagt Marion Schlender, Sprecherin des Schweriner Innenministeriums, legten zwei Bundesländer ihre

zentralen Erstaufnahmestellen für Asylsuchende zusammen. Man könne sich vorstellen, dass in Zukunft auch andere Bundesländer die Sammelunterkunft in Horst belegen. "Daran sind wir interessiert", sagt Schlender.

Die Flüchtlingsräte der zwei Länder und Schleswig-Holsteins kritisieren die zentrale Unterkunft als Kasernierung und Lagerunterbringung. Sie fürchten, dass die zwei Nordländer dort "eine Art Abschiebelager" organisieren wollen, sagt Conny Gunßer vom Flüchtlingsrat Hamburg. In der Hansestadt könnten die Asylsuchenden unabhängige Rechtsberatung in Anspruch nehmen. "Dort in Horst leben die Flüchtlinge weitab von jeglicher Infrastruktur am Rande eines Waldes", so Gunßer. Die Forderung der Flüchtlingsräte, eine von einer Kirche oder einem Wohlfahrtsverband betriebene unabhängige Beratungsstelle einzurichten, lehnen das Innenministerium in Schwerin und die Hamburger Innenbehörde ab.

Kritik am Vorgehen des Schweriner Innenministers Gottfried Timm (SPD) kommt auch vom Koalitionspartner Linkspartei.PDS. Deren Landeschef Peter Ritter brachte am Freitag im Innenausschuss des Landtages die Schließung der Sammelunterkunft in Horst in die Debatte. Ein großes Sammelager entspreche nicht dem Willen seiner Fraktion. Statt die wenigen Flüchtlinge, die es noch bis in die Bundesrepublik schafften, "in Großunterkünften von der Bevölkerung zu isolieren", will Ritter Unterkünfte in Wohnvierteln einrichten. Nur so sei Integration von Beginn an möglich.

Eine Zusammenarbeit Hamburgs mit Schleswig-Holstein war zuvor gescheitert. "Mecklenburg-Vorpommern hatte das günstigere Angebot", sagt Marco Haase, Sprecher des Innenbehörde. In Kiel wundert man sich. Die Kostenfrage sei unstrittig gewesen, so der Sprecher des Innenressorts, Thomas Giebeler: "Die Hamburger haben aber kritisiert, dass in unserer Sammelunterkunft in Lübeck eine unabhängige kirchliche Beratungsstelle tätig ist." *Jörn Breiholz*